

REGIERUNG

## Zwist unter Genossen

Zwischen führenden Sozialdemokraten ist noch während der Koalitionsverhandlungen Streit über Personal und Strukturen in drei ihnen zufallenden Ministerien entbrannt. Die SPD-Politiker Ulla Schmidt und Franz Müntefering rangeln um die Aufgabenverteilung zwischen Gesundheits- und Sozialressort. Müntefering, Vizekanzler und designierter Sozialminister, möchte von seiner Parteifreundin neben der Rentenpolitik auch die Zuständigkeit für Sozialhilfe und Rehabilitation übernehmen. Die Pläne dafür arbeitete Schmidts Staatssekretär Heinrich Tiemann aus, der zu Müntefering wechseln möchte. Die Gesundheitsministerin fühlte sich hintergangen. Per Rundschreiben ent-

zog sie Tiemann vergangene Woche die Zuständigkeit für die Zentralabteilung und damit die Verantwortung für die Personalplanung in ihrem Haus. Der designierte Außenminister Frank-Walter Steinmeier erregt derweil den Zorn der SPD-Europapolitiker. Er will seinen Vertrauten im Kanzleramt,



Müntefering, Schmidt

Reinhard Silberberg (SPD), als beamteten Staatssekretär mit der Europapolitik betrauen. Dagegen protestierte vergangenen Freitag Fraktionsvize Angelika Schwall-Düren, die Steinmeier im Namen ihrer Kollegen im Kanzleramt aufsuchte. Den Job als EU-Koordinator müsse ein SPD-Parlamentarier bekommen. Keinesfalls dürfe Verwaltungsmann Silberberg „faktisch alles allein machen“, empört sich ein Parteimann. Nur ein Politiker an der Spitze könne den Anspruch des Ministeriums auf die Europapolitik gegen das CDU-geführte Kanzleramt wahren.



Steinmeier

STERBEHILFE

## Problematischer Vorschlag

Mit ihrer Idee, „professionelle Vermittlung von Gelegenheiten zur Selbsttötung“ in Zukunft unter Strafe zu stellen und so Sterbehilfeorganisationen wie den Dignitas-Ableger in Hannover zu stoppen, stößt die niedersächsische Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU) in vielen Bundesländern auf Widerstand.



Heister-Neumann

„Dieser Vorschlag scheint mir nicht ganz zu Ende gedacht“, kritisiert der baden-württembergische Justizminister Ulrich Goll (FDP), „denn damit würde man sogar Hinweise auf schmerzfreie Todesarten oder die Bereitstellung von zur Selbsttötung geeigneten Utensilien verbieten.“ Nicht nur die Betreiber etlicher Selbstmordforen im Internet stünden danach immer mit einem Bein im Gefäng-

nis, sogar ein Arzt mache sich strafbar, der Schmerzpatienten einen Vorrat Morphium auf den Tisch stelle, damit der Kranke sich je nach Schmerzen die Dosis selbst erhöhen könne. Der Suizid, wendet Berlins Justizsenatorin Karin Schubert (SPD) ein, sei „eine höchstpersönliche Entscheidung, die nicht unter Strafe steht“. Demnach könne auch eine Beihilfe dazu nicht strafbar sein.



Dignitas-Ableger Hannover

MARINE

## Marschflugkörper für U-Boote?



U-31

Die ersten U-Boote des neuen Typs 212A hat die Marine vergangene Woche mit beträchtlicher Verspätung in Betrieb genommen. U-31 sollte ursprünglich schon vor einem Jahr in Dienst gehen, das Schwesterboot U-32 vor einigen Monaten. Die Gründe wirken bizarr: Erst mussten die Antriebspropeller aufwendig nachgebessert werden, weil sie so viel Lärm machten, dass die vermeintlich superleisen Fahrzeuge leicht zu orten waren. Dann war monatelang die in einem norwegischen Fjord installierte, streng ge-

heime Akustikanlage, mit der die Schallabstrahlung der Boote geprüft werden sollte, unbrauchbar. Ein Mess-Schiff hatte versehentlich die Sensoren zerstört. Weil der klassische Einsatz – das Torpedieren feindlicher Schiffe – unwahrscheinlich geworden ist, sollen die je 350 Millionen Euro teuren Boote nun Aufklärung betreiben oder Kommandotruppen an fremden Küsten absetzen. Manche Planer möchten die U-Boote indes für den Kampf gegen Ziele an Land künftig auch mit Marschflugkörpern bewaffnen. Vorbild sind Cruise Missiles wie die „Tomahawk“, die bis zu 2500 Kilometer weit fliegen und von den USA im Irak-Krieg eingesetzt wurden. Auch amerikanische „Harpoon“-Flugkörper mit etwa 120 Kilometer Reichweite passen in die Torpedo-Rohre der Boote, die laut Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) „weltweit“ operieren sollen. Insgesamt möchte die Marine sechs U-212A beschaffen, die dank eines Brennstoffzellen-Antriebs wochenlang unter Wasser bleiben können.